

# STUTTGARTER ZEITUNG

Nr. 247 | 43. Woche | 74. Jahrgang | E 4029

Donnerstag, 25. Oktober 2018

2,00 €

Plastik in den Weltmeeren

## Tödliche Flut

Die Politik hat die Gefahren von Kunststoff für die Umwelt erkannt. Land und EU wollen die Verpackungsgewohnheiten beeinflussen. SEITE 4



## Nur ein dünner Strohhalm



**Müll** Das Plastikverbot darf nicht über die Verantwortung der Verbraucher hinwegtäuschen. Von Hanna Spanhel

Das winzige Plastikteile in den menschlichen Organismus gelangen, erregt gerade Aufsehen. Kunststoff ist tatsächlich überall, das ist durch eine Untersuchung von österreichischen Forschern klar geworden. Doch mit den Meldungen über Mikroplastikteile in unserem Körper wird es so sein wie mit jenen über Meeresschildkröten mit Plastikhalmen im Magen, Plastik spuckende Grindwale oder gigantische Müllstrudel im Ozean: Sie rufen kurze Zeit Empörung hervor, doch am Verhalten der meisten Menschen ändern sie nichts. 87 Prozent der Europäer machen sich laut einer Umfrage Sorgen über die Umweltfolgen des Plastikmülls. Von einem Preisaufschlag auf umweltschädliche Verpackungen halten viele Befragte allerdings nichts. Sie sehen die Verantwortung bei Industrie und Politik.

Es ist zweifellos richtig, dass die EU nun eine neue Richtlinie zu Wegwerfartikeln verabschiedet hat, um die Plastikflut einzudämmen. Eine ganze Reihe von Einwegprodukten soll verboten werden – zum Beispiel Wattestäbchen, Plastikgeschirr, Luftballonhalter und Trinkhalme. Doch es geht nicht nur um Verbote. Die EU-Richtlinie fordert auch feste Recyclingquoten und nachhaltige Strategien zur Reduktion von Plastik. Wie das in die Praxis umgesetzt wird, ist allerdings Sache der einzelnen Mitgliedstaaten.

Man kann der EU nun vorwerfen, dass es sich bei dem Verbot von ein paar wenigen Einwegprodukten vor allem um Symbolpolitik handelt. Doch auch, wenn es lächerlich scheint: Diese Wegwerfprodukte aus Plastik machen immerhin die Hälfte des Mülls aus, der an europäischen Stränden gefunden wird. Und: Man kann zweifellos leicht ohne solche Einwegprodukte auskommen. Die neue Richtlinie und vor allem das Verbot sind daher ein erster, plakativer Schritt. Ein Signal, das zum Nachdenken anregt und die irrsinnigen Ausmaße des Plastikproblems verdeutlicht. Doch sich an einen einzelnen Strohhalm zu klammern, noch dazu an einen so dünnen, reicht bei Weitem nicht aus.

Brüssel müsste viel mutiger sein – und mithilfe der EU-Staaten Hersteller, Handel und Verbraucher gleichermaßen in die Pflicht nehmen. Wirksam wäre es, den Verbrauch von Plastik unattraktiver zu machen. Denn Plastik ist viel zu billig. Würde man die ökologischen Folgekosten auf den Preis aufschlagen, müssten viele Kunststoffprodukte deutlich teurer sein. Es wäre konsequent, Plastikverpackungen zu besteuern. Die Industrie würde eine solche Abgabe über höhere Preise wohl schnell an die Konsumenten weitergeben. Der Preis würde dann die tatsächlichen gesellschaftlichen Kosten widerspiegeln. Das wäre nur fair – und ein deutlich stärkeres Signal als ein schwaches Verbot.

Eine Plastiksteuer würde auch Anreize für Innovationen schaffen, weil umweltfreundliche Produkte attraktiver wären. Wer weniger Plastik benutzt, hätte wirtschaftliche Vorteile. Schon jetzt gibt es junge Unternehmen, die Mehrwegsysteme für Kaffeebecher und Imbissgeschirr in Großstädte bringen. Mehrweg ist in der Regel die ökologischste Alternative. Gleichzeitig muss die Entwicklung von nachhaltigen Kunststoffen und Verpackungsalternativen stärker vorangetrieben werden. Und natürlich muss mehr Plastik recycelt werden.

Gut gemeinte Appelle reichen nicht aus, um Firmen und Verbraucher zum Handeln zu bewegen. Zu wenige Menschen sind bereit, auf die Bequemlichkeit zu verzichten, die Plastikverpackungen bieten. Doch diese Bequemlichkeit hat fatale und teure Folgen für die Umwelt – und irgendwann auch für die Menschheit. Dass Preise eine wichtige Signalwirkung haben können, zeigt das Beispiel der Plastiktüte im Supermarkt. Seit man die nicht mehr kostenlos bekommt, ist der Verbrauch massiv zurückgegangen. Warum sollte das nicht auch bei anderen Plastikprodukten funktionieren?

**Die Dritte Seite**

Sexuelle Übergriffe im Kurpark – in Bad Krozingen geht die Angst um SEITE 3

**Region**

ICE-Trasse nach Ulm: Auf der Alb fehlen jetzt nur noch die Gleise SEITE 28

**Kultur**

Zerrissen: ein Film über die Folgen des Bürgerkriegs im Libanon SEITE 33

## Aktionäre siegen gegen Porsche

Das Landgericht Stuttgart hat in einem ersten Urteil über eine Anlegerklage im Zusammenhang mit dem Dieselskandal den VW-Großaktionär Porsche SE (PSE) zu rund 47 Millionen Euro Schadenersatz verurteilt. Die Holding müsse den Kursdifferenzschaden für Geschäfte der Kläger mit PSE-Vorzugsaktien im Zeitraum vom 23. Mai 2014 bis 22. September 2015 ausgleichen, teilte das Gericht am Mittwoch mit. Das von den VW-Eignerfamilien Porsche und Piëch kontrollierte Unternehmen habe 2015 den Kapitalmarkt zu spät über den Abgasbetrug bei Dieselaautos informiert. So wie Tausende andere Aktionäre der Porsche SE und von Volkswagen werfen die Kläger dem Unternehmen vor, durch eine verspätete Information über die finanziellen Folgen von Dieseltge Kursverluste zu ihrem Schaden verursacht zu haben. rtr - Bericht und Kommentar SEITE 11

## Streit über Geheimdienst

Seit einem Monat ist das Bundesamt für Verfassungsschutz ohne Chef. Umstritten ist aber auch, welche Kompetenzen die Behörde künftig haben soll. Die Grünen wollen sie in zwei Ämter zerlegen, Union und SPD hingegen weiter aufrüsten. SEITE 2

## Binder steigt in den Ring

In der Südwest-SPD spitzt sich der Kampf um Führungspositionen zu. Nicht nur für den Landesvorsitz gibt es zwei Bewerber. Der Vizechef der Landtagsfraktion, Sascha Binder, will gegen Luisa Boos für das Amt des Generalsekretärs antreten. SEITEN 3, 6

## Blitzer als Geldquelle

Baden-Württemberg hat bundesweit die meisten Blitzer – 1266 Geräte sind im Einsatz. Für Autofahrer sind sie ein Ärgernis – und es drängt sich der Verdacht auf, dass sie für die Städte und Landkreise hauptsächlich eine sichere Geldquelle sind. SEITEN 3, 29

# Autolobby verteidigt Hilfe für Dieselfahrer

**Verkehr** Der Industrieverband hält die Umrüstpläne für ausreichend. Doch ob die Erstattung reicht, ist unklar. Von Jörg Nauke

Der Präsident des Verbands der Automobilindustrie (VDA), Bernhard Mattes, sieht die deutschen Hersteller für die Verkehrswende gut aufgestellt. Es bedürfe dafür keiner „Innovationspeitsche“ zur Entwicklung alternativer Antriebe, wie einst der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) gemutmaßt hatte. Der VDA-Präsident sagt: „Wir haben verstanden, es geht um saubere Luft.“ Zum Auftakt des 5. Fachkongresses „Stadt der Zukunft – Zukunft der Stadt“ unserer Zeitung in der Sparda-Welt, bei dem es um Mobilitätskonzepte für die Zukunft ging, hob Mattes die Bedeutung von Nachhaltigkeit und Digitalisierung hervor. Hiesige Unternehmen seien in vielen Bereichen Marktführer.

Mattes warnte jedoch vor dem Verlust von bis zu 50 000 Arbeitsplätzen bei einem zu raschen Transformationsprozess. Schließlich entstünden neue Berufsfelder, dafür müssten Mitarbeiter gefunden und das angestammte Personal fortgebildet werden. Der Kohlendioxid-Ausstoß von Neuwagen soll nach dem Willen der EU-Staaten von 2020 bis 2030 um 35 Prozent sinken. Dafür müsste der Anteil an E-Fahrzeugen von unter drei auf 30 bis 40 Prozent steigen. Es sei fraglich, ob diese Zielwerte erreicht werden können. Das hänge maßgeblich davon ab, wie schnell alternative Antriebe von den Kunden angenommen werden. Genauso wichtig sei jedoch der

Ausbau der Ladeinfrastruktur. Der VDA-Präsident hält das von der Industrie angebotene Paket für Besitzer von Dieselfahrzeugen, denen Fahrverbote drohen, für ausreichend, es müsse aber besser kommuniziert werden.

Mattes warnt, alle Hersteller für die Vergehen Einzelner in Sippenhaft zu nehmen. Der künftige Daimler-Chef Ola Källénus nannte bei der StZ-Veranstaltung einen Betrag von 2400 Euro, den der Stuttgarter Konzern für eine Nachrüstung biete. Das sind nach Schätzungen etwa 80 Prozent der Kosten. Andere Hersteller stehen dem Projekt skeptisch (Opel) bis ablehnend (BMW) gegenüber. Bei VW wird bezweifelt, dass eine Nachrüstung überhaupt zeitnah möglich ist. Das sehen die Nachrüster anders.

Ob die Kalkulation von Daimler aufgeht, hängt nicht zuletzt davon ab, wie schnell die Politik handelt. Für die Hardware-Nachrüstung bei privaten Pkw werde das Ministerium bis Anfang nächsten Jahres die nötigen „technischen Vorschriften für Hardware-Nachrüstungen“ erarbeiten, wie Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) nach der Kabinettsitzung in Berlin sagte.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Stefan Bilger, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, betonte beim Kongress, Wirtschaftswachstum benötigten zusätzliche Verkehrsinfrastruktur. Der Bund investiere dafür 2018 14,2 Milliarden Euro. - Sonderseiten zum Stadtkongress SEITEN 24, 25



**Wetter SEITE 10**



**Börse SEITEN 15, 16**

- Dax 11 191,63 Punkte (- 0,73 %)
- Dow Jones 24 583,42 Punkte (- 2,41 %)
- Euro 1,1392 Dollar (Vortag: 1,1478)

**Ausführliches Inhaltsverzeichnis SEITE 2**



## Paare bleiben lieber hier

**F**örster, Landwirte und Gartenbesitzer mögen ja über den heißen und trockenen Sommer 2018 klagen. Andererseits haben nicht nur Sonnenanbeter von dem anhaltenden Mittelmeerwetter profitiert, sondern auch die Störche. Die hätten dieses Jahr „äußerst erfolgreich gebrütet“, freut sich der Naturschutzbund. Mit annähernd 2,5 Jungstörchen pro Paar habe man im Südwesten „ein tolles Ergebnis“, erläutert Ute Reinhard, die baden-württembergische Storchenauftragte. Besonders die vielen nahrhaften Heuschrecken im warmen und trockenen Frühjahr und Frühlommer trugen bei zur prächtigen Entwicklung des Nachwuchses. Hinzu kam, dass die Eiseheiligen und die Schafskälte sehr mild ausfielen und deshalb viele Jungstörche überlebten. 2017 waren im Südwesten 1055 Brutpaare gezählt worden.

Mit heißem und trockenem Wetter kommt Meister Aedebar ohnehin ziemlich gut zurecht – schließlich herrschen auch in den Winterquartieren in Afrika oft ähnliche Bedingungen. Und wenn sich bei anhaltender Trockenheit die als Nahrungsquelle beliebten Regenwürmer in tiefere Erdschichten zurückziehen,

**Tiere** Der Klimawandel lässt im Land die Zahl der Störche wachsen. Von Klaus Zintz

stehen eben Insekten auf dem Speisezettel. Allerdings machte die Trockenheit und der Nahrungsmangel den Störchen im Osten Deutschlands erheblich mehr zu schaffen als im Südwesten.

Damit dürfte etwa in Mecklenburg-Vorpommern ein bedenklicher Trend anhalten: Dort ging der Bestand der Störche von 2004 bis 2017 von etwa 1500 auf 700 Vögel zurück – während ihre Artgenossen in den westlichen Bundesländern im Aufwind waren. Das dürfte auch mit den Flugrouten zusammenhängen: Die Weststörche fliegen auf der Westroute gen Süden und überwintern auf der Iberischen Halbinsel oder im westlichen Nordafrika. Ihre Artgenossen aus dem Osten dagegen müssen die weitaus gefährlichere Ostroute über Israel nach Afrika bewältigen – und sind somit viel größeren Risiken ausgesetzt. Die Grenze zwischen Ost- und Westziehern verläuft dabei durch Bayern. Allerdings überwintern viele Störche mittlerweile in Deutschland – in Oberschwaben sogar rund ein Drittel. Vögel in Kolonien sind dabei weit reisefreudiger als isoliert brütende Paare, berichtet Ute Reinhard. Es gibt also auch bei den Störchen ein kollektives Reisefieber.

**Mohr**

